

# Inhalt

<i>Vorwort:</i> Erich Frister	I
<i>Einführung:</i> Arbeiterkinder im Hochschulbereich als Zielgruppe gewerkschaftlicher Bildungspolitik	9
1. <i>Ökonomische und soziale Rahmenbedingungen der Lebenssituation von Arbeiterfamilien</i>	15
1.1. Die Lebenssituation von Arbeiterfamilien als Ausgangspunkt für Bildungsselektion	15
1.2. Die Stellung im Produktionssystem	18
1.3. Die finanzielle Lage	20
2. <i>Die Auswirkungen der sozialökonomischen Rahmenbedingungen auf den Sozialisations- und Bildungsprozeß von Arbeiterkindern</i>	30
2.1. Die frühkindliche Entwicklung	30
2.2. Das Bildungswahlverhalten	33
2.3. Erfolg in Schule und Hochschule	36
2.4. Soziale Selektion durch den Numerus clausus	37
2.5. Die Repräsentanz von Arbeiterkindern im Schul- und Hochschulbereich im Überblick	45

3.	<i>Zur finanziellen Lage der Arbeiterkinder während des Studiums</i>	53
3.1.	Verhältnis von notwendigen und tatsächlichen Finanzmitteln	53
3.2.	Finanzlage und soziale Herkunft	57
3.3.	Die Quellen des studentischen Einkommens	58
3.3.1.	Zuwendungen durch die Eltern	58
3.3.2.	Studentische Erwerbstätigkeit	59
4.	<i>Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – Darstellung, Entwicklung, Kritik</i>	61
4.1.	Finanzielle Förderung von Arbeiterkindern durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz	61
4.2.	Entstehung und Zielsetzung des Gesetzes	65
4.3.	Die Strukturprinzipien des Ausbildungsförderungssystems	68
4.3.1.	Die Einkommensabhängigkeit der Förderung	69
4.3.2.	Bedarfsdeckende Förderungssätze	71
4.4.	Änderungen des Gesetzes	71
4.5.	Auswirkungen der Ausbildungsförderungspolitik auf die finanzielle Lage der Geförderten und ihrer Eltern	74
4.5.1.	Entwicklung von Bedarfssätzen und Freibeträgen	74
4.5.2.	Fallbeispiele zur Verdeutlichung	76
4.5.3.	Auswirkungen der Ausbildungsförderungspolitik im Spiegel globaler Daten	80
4.6.	Die Vergabep Praxis der Ausbildungsförderung	82
4.7.	Die Auswirkungen der Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer und des einkommen- und bedarfsunabhängigen Kindergeldes	84
5.	<i>Vom Zuschußprinzip zur Kostenbeteiligung – Das Darlehensprinzip als Schritt zur Reprivatisierung der Ausbildungskosten</i>	87

5.1.	Reprivatisierung der Ausbildungskosten in der aktuellen Diskussion	87
5.2.	Die Verteilungswirkungen	89
5.3.	Politische Implikationen – Das Finanzierungssystem als bildungspolitisches Steuerungsinstrument	93
6.	<i>Zur Wohnsituation der Studenten</i>	97
6.1.	Die Bedeutung der Wohnung der Studenten	97
6.2.	Das Wohnverhalten der Studenten	98
6.3.	Das Studentenwohnheim	102
6.4.	Perspektiven studentischen Wohnens	107
7.	<i>Weitere sozialpolitische Problembereiche</i>	110
7.1.	Studentische Verpflegung	110
7.2.	Die Gesundheitsfürsorge der Studenten	113
7.2.1.	Versicherungsschutz	113
7.2.2.	Ärztliche und psychotherapeutische Versorgung	114
7.3.	Studentenwerke als soziale Interessenvertretung?	117
8.	<i>Ausblick: Die soziale Lage von Arbeiterkindern an den Hochschulen unter den Bedingungen einer restriktiven Bildungspolitik</i>	121

## *Anhang*

I.	Ausgewählte Literaturhinweise zu Problemen der studentischen Sozialpolitik	134
II.	Hinweise zur Berechnung einer BAföG-Förderungsberechtigung	137
III.	Fallbeispiele: Entwicklung der Ausbildungsförderung von 1974/1975 bis 1978/1979	140

<b>IV. Anlagen</b>	<b>155</b>
1. GEW verlangt Novellierung des BAföG, Auszug aus: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Geschäftsbericht 1971 – 1974	155
2. Beschluß des GEW-Hauptvorstandes vom 7. 9. 1975 zur Lage der Ausbildungsförderung	158
3. BAföG-Tips 77	160
4. Erklärung des Vorsitzenden der GEW, Erich Frister, vor Pressevertretern in Bonn, am 11. 1. 1977, zur Situation der Studenten – Ausbildungsförderung und Berufschancen	163
5. Auszug aus: Wortprotokoll der Anhörung zum Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission „Ausbildungsförderung im Rahmen der Hochschulfinanzierung“ vom 20. 1. 1977	166
6. Auszug aus: Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Fragenkatalog des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 23. 6. 1977 zum Thema »Hochschulfinanzierung/Ausbildungsförderung«	173